

Nürnberg.

SPD

# DER SPRINGENDE PUNKT

MONATLICHE ZEITUNG DER SPD NÜRNBERG / AUSGABE 07/2024



Liebe Leserin,  
lieber Leser,

Sommer, Sonne, Fußball – manchmal kann es so leicht sein oder sich zumindest so anfühlen. Die EM in Deutschland mit den Spielen, den Fans aus ganz Europa bringt mich oft zum Lächeln und macht mir gute Laune. Auch wenn Nürnberg diesmal kein Austragungsort ist (im Rathaus arbeiten wir übrigens gerade daran, dass sich das in Zukunft wieder ändert...), so freue ich mich doch über die gute Stimmung, die auch hier zu spüren ist.

Es weht ein zarter Hauch von „Sommermärchen“ durch unser Land, eine gewisse Leichtigkeit und Freude ist spürbar.

Natürlich weiß auch ich, dass die real vorhandenen Probleme, die wir in Deutschland und Europa haben, nicht durch ein Fußball-Spektakel gelöst werden. Doch es gilt auch: Etwas mehr Selbstvertrauen, Optimismus und Zuversicht würden unserem Land nicht schaden. Ich finde, das deutsche Team hat es ein Stück weit vorgemacht: Vor dem Turnier gab es viele pessimistische Stimmen und dann hat die Art und Weise unserer Nationalmannschaft richtig Spaß gemacht. Mit Mut nach vorne statt verzagter Querpässe. Davon können ich und wir uns in der Politik eine Scheibe abschneiden. Ja, die Herausforderungen sind groß, ja, wir werden uns richtig anstrengen müssen, sie zu bewältigen, aber mit Selbstvertrauen, Optimismus und Zuversicht geht's sicher leichter – nicht nur im Fußball!

Euer Nasser



## ERFOLGREICHE ZUSAMMENARBEIT

SPD und CHP Nürnberg setzen auf Dialog und Kooperation

von AYNUR KIR und CLAUDIA ARABACKYJ

Die lang ersehnte Annäherung zwischen der SPD und ihrer Schwesterpartei CHP in Nürnberg trägt nun Früchte. Der erfolgreiche Wahlausgang der CHP bei den Kommunalwahlen in der Türkei im März dieses Jahres bot den idealen Anlass, um die Beziehungen zu vertiefen. Auf Initiative der Stadträtin Aynur Kir lud die Stadtratsfraktion und SPD Nürnberg die CHP in das Karl-Bröger-Zentrum (KBZ) ein, um gemeinsame Erfolge zu feiern und zukünftige Kooperationen zu planen.

Beim Treffen nahmen die Mitglieder des Stadtrats, Vertreter des Unterbezirks sowie der Vorstand der CHP Nürnberg teil. Nach einer Begrüßungsrede von unserem Parteivorsitzenden Dr. Nasser Ahmed übernahmen Aynur Kir und Claudia Arabackyj die Moderation und berichteten über die gemeinsamen Kooperationsplanungen. Im Anschluss stellte Funda Yurt, die Vorsitzende der CHP Nürnberg, die Parteiarbeit der

CHP vor. Danach hielt Cem Sivrikaya, stellvertretender Vorsitzender der CHP Jugend in Nürnberg und Juso-Vorsitzender der Hochschulgruppe in Bayreuth, einen Vortrag über die beeindruckenden Wahlergebnisse der türkischen Sozialdemokraten.

In seinem Vortrag beleuchtete Sivrikaya die Geschichte der türkischen Republik und die jüngsten Wahlerfolge der CHP. Er betonte, dass die Partei nicht nur in den Hauptstädten, sondern auch in traditionellen Hochburgen der AKP wie Adiyaman und Manisa Erfolge verzeichnete. Besonders hob er hervor, dass die CHP viele ortsansässige Mitglieder aufgestellt habe, die tief in den Strukturen der Partei verwurzelt und mit den regionalen Problemen vertraut seien. Die Beteiligung zahlreicher Frauen hat ebenfalls zum Erfolg beigetragen. Mit einem Anteil von 70 % der Bürgermeisterämter in CHP-Hand stellte Sivrikaya den großen Erfolg der Partei heraus. Die CHP habe auch die meisten Frauen als Bürgermeisterinnen. >>



Die CHP Nürnberg, gegründet 2012, spielt eine aktive Rolle in der politischen Landschaft Nordbayerns. Zu den Gründungsmitgliedern zählen Herr Yasar Yuvanc und Dr. Zafer Titiz, die beide anwesend waren. Insgesamt gehören zurzeit 500 Mitglieder der CHP Nordbayern an. Neben zahlreichen lokalen Aktivitäten fördert die CHP Nürnberg die Wahlbeteiligung der hier lebenden türkischstämmigen Bürger bei den Wahlen in der Türkei. Seit 2015 ist es diesen Bürgern möglich, an den Wahlen in ihrer Heimat teilzunehmen. Bei der Präsidentschaftswahl 2018 erreichte die CHP in Nürnberg bemerkenswerte 38 % der Stimmen bei den Stichwahlen, während die AKP in vielen Städten über 70 %, zum Teil sogar über 90 % erzielte. Das sei ein Riesenerfolg gewesen.

Weitere Diskussionspunkte des Treffens waren der Aufstieg der AfD in Deutschland, der Rechtsruck in Europa sowie das neue Staatsangehörigkeitsgesetz und die doppelte Staatsangehörigkeit. Die CHP Nürnberg dankte der SPD für ihr Engagement bei der Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit, von der viele türkischstämmige Bürger in Nürnberg profitieren.

Abschließend beschlossen beide Parteien, gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen zu organisieren, um über das neue Staatsbürgerschaftsgesetz zu informieren. Zweisprachige Flyer sollen erstellt werden, und vor der Sommerpause ist ein erster Informationsstand von beiden Parteien geplant. Eine gemeinsame Pressekonferenz zum Thema „Modernes Staatsangehörigkeitsrecht für eine moderne Gesellschaft“ soll folgen.

Die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft wird als wichtiger Schritt für eine bessere politische Teilhabe der seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Men-

schen (Gastarbeiter) gesehen. Ziel der gemeinsamen Anstrengungen von SPD und CHP Nürnberg ist es, diese Menschen zu ermutigen, weiterhin demokratische Parteien zu wählen und so dem Rechtsruck im Land entgegenzuwirken.

#### Hintergrund und Bedeutung

Die Annäherung zwischen der SPD und der CHP Nürnberg ist von großer politischer und gesellschaftlicher Bedeutung. In Zeiten, in denen der politische Diskurs in vielen Teilen Europas von einem Rechtsruck geprägt ist, setzt die Zusammenarbeit ein starkes Signal für Dialog und Integration. Beide Parteien teilen die Überzeugung, dass politische Teilhabe und Engagement wichtige Bestandteile einer lebendigen Demokratie sind.

#### Fazit und Ausblick

Die SPD und die CHP Nürnberg haben einen wichtigen Schritt in Richtung einer vertieften Zusammenarbeit und einer stärkeren politischen Teilhabe türkischstämmiger Bürger in Deutschland gemacht. Durch ge-

meinsame Veranstaltungen und Informationskampagnen sollen nicht nur die türkischstämmigen Bürger besser über ihre politischen Rechte und Möglichkeiten informiert werden, sondern auch ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Deutschland geleistet werden.

Die geplanten Aktivitäten, darunter zweisprachige Informationsflyer und eine Pressekonferenz, unterstreichen das Engagement beider Parteien für eine moderne und offene Gesellschaft. Die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft wird als Meilenstein betrachtet, der vielen Menschen eine bessere Integration und politische Teilhabe ermöglichen soll.

Die Zusammenarbeit zwischen der SPD und der CHP Nürnberg ist ein Beispiel dafür, wie durch Dialog und gemeinsame Anstrengungen positive Veränderungen in der Gesellschaft erreicht werden können. Es bleibt zu hoffen, dass diese Initiative weitere Nachahmer findet und dazu beiträgt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und den politischen Diskurs in Deutschland positiv zu beeinflussen.



## STRASSENFEST GEGEN RASSISMUS OHNE SPD-BETEILIGUNG

Unser Infostand beim 9. Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung.  
Foto Rüdiger Löster

### Impressum

**Herausgeber:** SPD Nürnberg

**Verantwortlich:** Nasser Ahmed

**Redaktion:** Nasser Ahmed,  
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

**Grafische Gestaltung:** Michael Graf

**Redaktionsanschrift:**

SPD Nürnberg  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

**E-Mail:** dsp@spd-nuernberg.de

**Tel:** 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

**Auflage:** 5.500 Exemplare

Gedruckt auf zertifiziertem Papier mit Ökofarbe.



von KERSTIN GARDILL, stv. Vorsitzende der SPD Nürnberg und RÜDIGER LÖSTER, Sprecher des AK gegen Rechts

Aufgrund der aktuellen Situation beteiligte sich die SPD Nürnberg in diesem Jahr nicht am „Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung“, das dieses Jahr zum zehnten Mal auf dem Aufseßplatz stattfand. Dies geschah in Abstimmung mit weiteren demokratischen Organisationen sowie der Stadt Nürnberg.

Zum Hintergrund: Auf einer Demonstration zum 1. Mai in Gostenhof kam es seitens der Gruppe „Intifada Nürnberg“ zu eindeutig antisemitischen Aktionen. Zudem wurde Gewalt als Mittel der Politik verkündet und Terror gerechtfertigt. Darüber berichteten auch die Medien.

Trotz dieses Auftretens der Gruppe „Intifada“ hat der Verein Junge Stimme/DIDF, der der Veranstalter des Straßenfestes ist, weiterhin mit dieser Gruppe zusammengearbeitet. So wurde eine gemeinsame Kundgebung durchgeführt, während der zum „bewaffneten Kampf“ gegen Israel aufgerufen wurde. Im Rahmen einer Aktionswoche fand eine Veranstaltung von „Intifada“ in den Vereinsräumen der Jungen Stimme/DIDF statt.

Aus einem Gespräch zwischen SPD-Vertreterinnen und Vertreterinnen der Jungen

Stimme ist auch nicht klar geworden, dass diese Zusammenarbeit mit „Intifada“ beendet wird. Stattdessen wurde das Auftreten der Gruppe „Intifada“ verharmlost.

Für uns ist klar: Die Situation im Gazastreifen ist dramatisch. Kritik an der Politik und dem Vorgehen der israelischen Regierung war und ist in Deutschland immer möglich und wird auch in Zukunft weiterhin möglich sein. Diese Kritik gibt es im Übrigen auch in Israel selbst.

Aber Israel hat das völkerrechtlich verbrieftete Recht zur Selbstverteidigung nach dem barbarischen Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023. Offene oder verdeckte Aufrufe zur Vernichtung Israels sind mit nichts zu rechtfertigen. Aufrufe zum „bewaffneten Kampf“ rechtfertigen den feigen Terror der Hamas sowie die Raketenangriffe der Hamas und der Hisbollah auf Israel. Der Krieg im Gazastreifen kann sofort beendet werden, wenn die Hamas die Geiseln freilässt.

Wir treten für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit! Und wir rufen alle demokratischen Gruppen, Initiativen und Verbände auf, sich deutlich von den antisemitischen, israelfeindlichen Positionen zu distanzieren. Der Kampf gegen Rassismus und gegen Antisemitismus muss Hand in Hand gehen.

# „FRAU.MACHT.STADT. – GEMEINSAM IN DEN STADTRAT!“

## Kandidatinnenprogramm der SPD Frauen Nürnberg für die Kommunalwahl 2026

von CANAN CANDEMIR

### Politische Teilhabe von Frauen in Parlamenten

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 hatten Frauen in Deutschland das erste Mal die Möglichkeit, an Wahlen teilzunehmen und sich selbst für ein Mandat zu bewerben. Damals traten 300 Frauen zur Wahl an; von denen 37 (ca. 9 Prozent) als Abgeordnete gewählt wurden – ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur politischen Gleichberechtigung. Trotz dieser historischen Errungenschaft und jahrzehntelangen Kämpfen sind Frauen weiterhin in der Politik unterrepräsentiert. Nach wie vor sind Frauen in keinem deutschen Parlament gleichberechtigt vertreten. Schauen wir uns die aktuellen Zahlen im Einzelnen an:

### Herausforderungen und Chancen

Die Zahlen sprechen für sich: Auch im Jahr 2024 sind wir noch weit von einer paritätischen Teilhabe von Frauen entfernt. Dabei lebt unsere Demokratie davon, dass verschiedene Interessen mit unterschiedlichen Sichtweisen und Standpunkten vertreten und diskutiert werden. Vielfältige Ansichten fördern den Diskurs und führen zu den besten Lösungen. Dennoch dominieren Männer nach wie vor das politische Geschehen und die Parteienlandschaft. Deshalb ist es so wichtig, weiterhin für eine ausgewogene Repräsentation von Frauen in der Politik zu kämpfen. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Stimmen gehört werden und unsere Gesellschaft gerecht gestaltet wird.

### Männlich geprägte Strukturen

In den Medien werden Politiker oft als „starke

Männer“ inszeniert, während Frauen im politischen Alltag häufig subtile oder offene Diskriminierung erleben. Die Sitzungszeiten und -orte orientieren sich nach wie vor stark an der Lebenssituation von Männern. Homogene Parteikulturen und fehlende Ansprache erschweren den Zugang für Frauen zusätzlich. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement stellt nach wie vor eine Herausforderung dar, ebenso wie Vorurteile und stereotype Geschlechterrollen.

### Auf dem Weg zur Kommunalwahl 2026

Die politische Landschaft profitiert von der Vielfalt der Perspektiven. Frauen bringen nicht nur Kompetenz, sondern auch eine andere Lebenserfahrung in die Parlamente ein. Politisches Engagement erfordert zwar Zeit und Einsatz, aber es ist ein Weg, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Unsere Mission ist klar: Wir möchten noch mehr engagierte und kompetente Frauen für politische Mandate in der SPD gewinnen und unterstützen. Die Veränderungen müssen hier vor Ort, im Unterbezirk und in unserer Stadt beginnen. Die Kommunalwahl 2026 ist dabei unser Fokus. Aus persönlicher Erfahrung, den Ergebnissen der Wahlanalyse 2020 sowie diversen Studien wissen wir, dass weibliche Kandidatinnen eine andere Ansprache benötigen. Wir sehen hier ein wichtiges Handlungsfeld, um geeignete, gute und motivierte Frauen für unsere nächste Stadtratsliste zu finden. Deshalb bieten wir das Programm „Frauen.Macht.Stadt. – Gemeinsam in den Stadtrat!“ an.

### Worum geht es?

Zunächst geht es um Wissensvermittlung. Unser Ziel ist es, mögliche Hemmungen vor einer Kandidatur abzubauen und ein realistisches Bild davon zu vermitteln, was von einem erwartet wird, wenn man für den Stadtrat kandidiert. In einem weiteren Schritt geht es dann um konkrete Qualifizierung – sowohl in Bezug auf kommunale Themen als auch die allgemeine Auseinandersetzung mit einer solchen Rolle. Zusätzlich möchten wir frühzeitig für ein gutes Miteinander sorgen (Stichwort Teambuilding). Kurzum: Wir wollen informieren, motivieren, qualifizieren, unterstützen und den Zusammenhalt durch Vernetzung stärken. Wir möchten mit unserem Programm „Frauen.Macht.Stadt. – Gemeinsam in den Stadtrat!“ dabei helfen, „gute“ Kandidatinnen für die Kommunalwahl 2026 zu finden. „Gut“ bedeutet für uns, dass die Kandidatinnen wissen, worauf sie sich einlassen, die entsprechenden Hintergründe kennen, über faktenbasiertes Basiswissen verfügen, sich selbst gut einschätzen können und sich gerne motiviert und solidarisch in ein Team

einfügen und mit eigenen Ideen und Themen einbringen.

Im Rahmen des Programms möchten wir eine Einführung in die Kommunalpolitik geben, rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen vorstellen und über die Aufgaben, Organisation und Funktionsweise der Stadt Nürnberg als Kommune sprechen. Außerdem wird es „Kamingespräche“ mit ausgewählten Gästen wie zum Beispiel Uli Maly geben. Nähere Informationen zu den einzelnen Modulen werden wir euch noch per E-Mail zukommen lassen.

### Warum ist uns das wichtig?

Eine sechsjährige Legislaturperiode ist eine lange Zeitspanne und ein bedeutender Abschnitt im eigenen Leben. Unser Ziel ist es, interessierte Frauen bei ihrem Entscheidungsprozess für eine Kandidatur zu unterstützen und zu motivieren. Wir möchten individuell die Stärken aller Kandidatinnen bündeln und dabei helfen, ein insgesamt starkes Team aufzubauen. Weil die meisten Menschen im Alltag viel zu tun haben und viele Weichen für die Kommunalwahl schon in 2025 gestellt werden, ist jetzt die Zeit, mit den Vorbereitungen anzufangen.

### Wer ist die Zielgruppe?

Unser Programm richtet sich primär an alle Frauen, die noch kein politisches Amt innehaben und sich grundsätzlich vorstellen können, 2026 auf der Kommunalwahlliste für die SPD zu kandidieren. Egal, ob du es dir nur vorstellen kannst und vielleicht mit dem Gedanken spielst, unsicher bist oder bereits ganz sicher weißt, dass du unbedingt kandidieren möchtest – unser Programm richtet sich an dich. Auch wenn die Kommunalwahl 2026 bisher nicht dein Fokus war, du dir aber allgemein vorstellen kannst, mehr Verantwortung zu übernehmen, laden wir dich herzlich ein, dich mit uns weiterzuentwickeln.

### Wie kann ich mitmachen?

Lass uns wissen, was dich in der Kommunalpolitik motiviert. Welche Themen liegen dir besonders am Herzen? Was sind deine Beweggründe, dich an dem Programm zu beteiligen? Wie verstehst du die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität der SPD? Schreib uns deine Antworten per E-Mail oder komme auf uns persönlich zu. Wir freuen uns von dir zu hören. Wenn du dich für das Programm interessierst, halte dir auch bitte schon mal folgende Termine frei:

- Samstag, den 14.09.2024
- Samstag, den 16.11.2024
- Samstag, den 25.01.2025

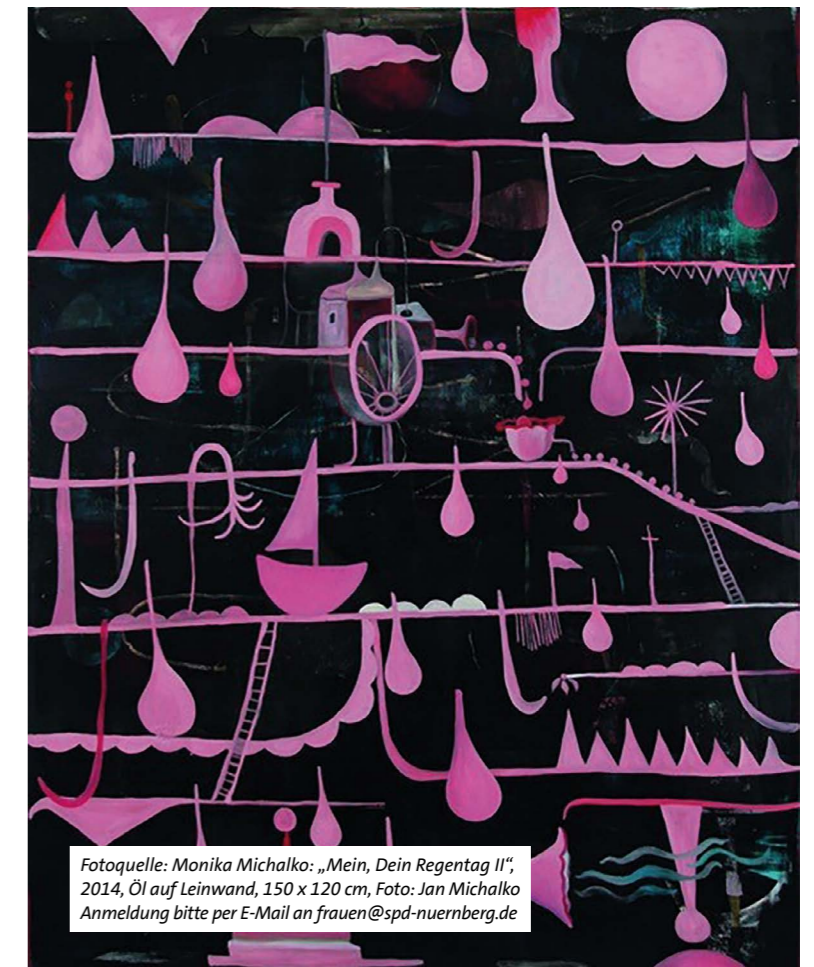
## WEITERE TERMINHINWEISE

**Donnerstag, 18.07.2024, 18:30 Uhr: Picknick der SPD Frauen am Wöhrder See**

Wir laden alle Frauen sehr herzlich zu einem entspannten Picknick am Wöhrder See ein! Lasst uns gemeinsam unter freiem Himmel sitzen, leckeres Essen genießen und über politische Themen diskutieren. Jede von euch darf gerne etwas Leckeres mitbringen – sei es ein selbstgemachter Salat, ein erfrischendes Getränk oder eine kleine Nachspeise. Bitte bringt auch eure eigenen Decken und eigenes Picknick-Geschirr mit, damit wir es uns gemütlich machen können. Wir freuen uns auf interessante Gespräche und einen schönen Abend mit euch! Anmeldung bitte per E-Mail an [frauen@spd-nuernberg.de](mailto:frauen@spd-nuernberg.de)

**Mittwoch, 24.07.2024, 18:00 Uhr: Besuch der Ausstellung „HERE IN THE REAL“WORLD“ der Künstlerin Monika Michalko in der Kunsthalle mit Führung**

Mit der Ausstellung „HERE IN THE REAL WORLD“ präsentiert die Kunsthalle Nürnberg erstmals umfassend das genreübergreifende Werk von Monika Michalko (\*1982 Sokolov, Tschechien). Ihre Gemälde sind komplexe Wimmelbilder: Formen und Farben füllen die zur Verfügung stehende Fläche gänzlich aus, und es lassen sich immer wieder neue Mikroerzählungen entdecken. Monika Michalko war auf Einladung der Kunsthalle Nürnberg die 24. Stipendiatin des Marianne-Defet- Malerei-Stipendiums. Sie hat von März bis Juli 2023 im Atelier- und Galeriehaus Defet in Nürnberg gelebt und gearbeitet. (Auszug aus dem Ausstellungstext)



Fotoquelle: Monika Michalko: „Mein, Dein Regentag II“, 2014, Öl auf Leinwand, 150 x 120 cm, Foto: Jan Michalko  
Anmeldung bitte per E-Mail an [frauen@spd-nuernberg.de](mailto:frauen@spd-nuernberg.de)



## DANKE FÜR EURE UNTERSTÜTZUNG IM WAHLKAMPF!

von ANIL ALTUN

Liebe Genoss\*innen, der Europawahlkampf ist nun vorbei. Es waren für mich als Kandidat und für viele von uns spannende und sehr intensive Monate! Ich habe mein Bestes für Europa gegeben und ihr wart dabei immer eine wichtige Stütze. Ich möchte Euch von ganzem Herzen Danke sagen! In diesen angespannten Zeiten so Wahlkampf zu machen, wie es einige von Euch getan haben, ist keinesfalls selbstverständlich und verdient große Wertschätzung. Obwohl die Europawahl eine viel größere Bedeutung hatte, als viele Bürger\*innen bewusst war und wahrlich eine Richtungsentscheidung gewesen ist, wurde der Wahlkampf leider nur stiefmütterlich geführt, auf Bundesebene bis hier auch nach Mittelfranken. Der Wahlkampf stand bereits unter schlechten Vorzeichen: Der negative Bundestrend, die aufgeheizte gesellschaftliche Stimmung und Unmut. Dennoch haben wir das Beste daraus gemacht! An dieser Stelle möchte ich zuallererst Matthias Dornhuber danken. Er war permanent in ganz Mittelfranken unterwegs, hat mich und alle Genoss\*innen und die Bürger\*innen immer mit Respekt und auf Augenhöhe behandelt. Ich konnte von ihm viel lernen und bin froh, dass wir über die stressigen Monate hinweg auch nie den Spaß und das Teamgefühl verloren haben. An unserer Sei-

te waren stets die kleine Wahlkampfkommission und die Mitarbeiter\*innen der SPD Nürnberg. Dank Vanessa, Oğuz und Iris, Kai und Max, Bernd und Thorben konnten wir letztlich diesen Wahlkampf mit viel Herz und Kraft überhaupt stemmen. Klar ist, es gab sicherlich auch Fehler und Verbesserungsbedarf in der Organisation. Wir sagen nicht, dass alles perfekt gelaufen ist. Wir sollten jetzt aber nicht nur darüber reden, was man verbessern kann, sondern auch wie konkret das passieren könnte. Im Anschluss müssen wir das unbedingt festhalten, um daraus für die kommenden Wahlkämpfe zu lernen. Ich bleibe weiterhin eine starke Stimme für Europa vor Ort. Ich hoffe, ich konnte ein Stück meiner Begeisterung für Europa aus Brüssel mit nach Nürnberg bringen. Die Verteidigung der europäischen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik, Mobilität und Bildung über Grenzen hinweg, die die Menschen verbindet, waren meine Herzensthemen. Europa ist nicht weit weg, sondern hier vor Ort! Ich bin nach wie vor überzeugt, dass das die richtigen Themen waren. Und die vielen positiven Rückmeldungen von Mandats- und Funktionsträger\*innen aber auch von den Genoss\*innen aus den Ortsvereinen und den Bürger\*innen vor Ort bestätigen das. Ich habe viel Zeit und Energie in die Social-Media-Arbeit gesteckt und tatsächlich auch ohne Werbe-

anzeigen eine gute Reichweite erzielen können. So war die Vor-Ort Reihe mit der Stadtratsfraktion ein großer Erfolg, bei der ich zusammen mit unseren Stadträt\*innen konkrete EU-geförderte Projekte hier in Nürnberg vorgestellt habe. Auch unsere Veranstaltungen liefen sehr gut, so z.B. Piza und Politik mit unseren Bundestagsabgeordneten Gabriela Heinrich und Fabian Funke. Die Nordkurve war rappellvoll und das nicht nur mit Jusos! Auch der Europa-Empfang mit Katarina Barley im Ofenwerk zählt zu meinen Highlights. Katarina hat mir erzählt, dass es der am besten besuchte Termin im Wahlkampf gewesen war! Umso schwerer schmerzt das Ergebnis der Wahl: damit können und dürfen wir nicht zufrieden sein! Als Kanzlerpartei haben wir deutschlandweit mit 13,9% das schlechteste Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl überhaupt verzeichnet. In Nürnberg konnten wir das damals schon ernüchternde Ergebnis von 2019 mit 12,8% in etwa halten. Man muss feststellen, dass unsere Art und Weise der Kommunikation nicht ankam. Das ist wohl der Standardsatz jeder Wahlniederlage schlechthin. Es kommt aber darauf an, ob und was wir für Erkenntnisse daraus ziehen. Es kann uns nicht egal sein, dass Rechtsextremisten von der AfD in Deutschland und auch hier in Nürnberg stabile und steigende Erfolge einfahren. Trotz Deportationsplänen und Korruptions- und Spionageenthüllungen wird die Partei deutschlandweit zweitstärkste Kraft. In Nürnberg wird sie die vierte Kraft hinter uns! Gerade als Stadt der Menschenrechte und Stadt mit so viel Vielfalt dürfen wir das nicht zulassen. Klare Visionen für Nürnberg, Arbeit in den Stadtteilen, auch in Orten, wo es uns unangenehm ist, vielfältige und neue Gesichter müssen in den Vordergrund rücken. Das ist meiner Ansicht nach die Antwort auf diese Entwicklung. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass genau das zur Bundestagswahl 2025 und spätestens zur Kommunalwahl 2026 Realität wird. Wir dürfen stolz darauf sein, Sozialdemokrat\*innen zu sein, wir müssen hoffnungsvoll und angriffslustig sein. Nur so können wir die Bürger\*innen wieder für die SPD gewinnen. Für mich ist im Sommer jetzt aber erstmal die Vorbereitung meines Jurastaatsexamens im Fokus. In der Bibliothek verbringe ich bereits jetzt schon viel Zeit und es wird noch mehr werden. Ich hoffe, dass ich das schaffe. Tatsächlich bin ich mal mehr, mal weniger davon überzeugt. Das Jurastudium gehört endlich mal reformiert! Danach geht's für mich, gemeinsam mit Linda und den Jusos sowie meinem tollen Ortsverein wieder mit voller Kraft weiter. Lasst uns die Lust und den Spaß an guter, sozialdemokratischer Politik nicht verlieren!

Mit kleinen Starthilfen unterstützt die LAG Mali vor allem Frauen in ländlichen Gebieten des westafrikanischen Sahellandes. Meistens handelt es sich dabei um die Förderung des Gemüseanbaus, der bessere Ernährung und Einnahmen verspricht. Im Januar ist die Projektleiterin Gudrun Kahl nach Mali gereist, um sich wieder einen persönlichen Eindruck von den Fortschritten zu verschaffen. Denn auch in den schwierigen Jahren konnte die Hilfe zur Selbsthilfe dank der verlässlichen malischen Partner fortgesetzt werden. Vier Jahre, d.h. kurz vor dem Ausbruch der Corona Pandemie, liegt der letzte Besuch der Projektdörfer zurück. Dazwischen ist in Mali – auch politisch mit zwei Militärputschen – viel geschehen. Die Sicherheitslage im Nordosten des Landes wird nach Einschätzung der Deutschen Botschaft auch auf lange Sicht kritisch bleiben. Aktuell gibt es wenig Anzeichen, dass es dem malischen Militär zusammen mit russischen Söldnern und Waffen gelingt, die Bevölkerung vor den Übergriffen bewaffneter Gruppen im Nordosten des Landes zu schützen. Ob es nicht gefährlich ist, nach Mali zu reisen, nachdem die Bundeswehr abgezogen und der UN Blauhelmeinsatz zum Jahresende 2023 beendet wurde? Diese Frage wird häufig gestellt. Doch die Standorte der Projekte sind weit entfernt von den Einsatzgebieten der UN-Mission. Sie liegen in einem Radius von 200 km um die Hauptstadt, der als weitgehend sicher gilt. Gut vernetzt mit anderen deutschen Organisationen, die in Mali aktiv sind, tauscht man sich im Vorfeld einer Reise aus. Zudem kennen die langjährigen malischen Partner\*innen die Lage vor Ort am besten und begleiten die Besucher\*innen in die Dörfer. Dort wurden wir reich beschenkt und sehr herzlich aufgenommen. Wie grüne Oasen heben sich die gut bewirtschafteten Gärten von der trockenen Savannenlandschaft ab. Dort wachsen Tomaten, grüne Bohnen, Zwiebeln, Petersilie, Auberginen, Weißkraut und auch Salat. Vor einem Jahr hatte die LAG Mali für 50 Frauen und ihre Familien im Dorf Sebekoro einen Garten eingefriedet und mit zwei Bewässerungsbrunnen ausgestattet. Er war komplett genutzt und die zweite Anbauphase in vollem Gang. Besonders erfreulich ist, dass auch ein „älterer“ Gemüsegarten im Nachbarort aus dem Jahr 2019, weiterhin intensiv genutzt wird. Das zeigt, dass der Ansatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ mit den eingerichteten Rücklagen-Kassen nachhaltig funktioniert. Die meisten Malierinnen vermarkten den Großteil ihrer Ernte. Die Einnahmen aus einer Anbauperiode liegen zwischen 61 und 114 Euro. Damit bezahlen die Frauen die Schulbesuche ihrer Kinder oder Kleidung und Medikamente. Andere investieren in eine Ziegenzucht oder Kleinhandel.



## NACHRICHTEN AUS MALI

Hilfen zur Ernährungssicherung kommen an!



Allgemein geht es den Malier\*innen wirtschaftlich noch schlechter als zuvor. Die globalen Krisen – sei es durch Kriege oder Klima bedingt – treffen die Menschen mit rasant gestiegenen Preisen für Grundnahrungsmittel, Treibstoffe und Dünger. Aktuell liegen die Getreidepreise bis zu 20 % über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. In der Hauptstadt Bamako kostet ein 100 kg Sack Mais 40,-€. In der Grenzregion Menaka haben sich die Preise mehr als verdoppelt und sind hier um 150 % gestiegen. Preistreiber ist dort die instabile Sicherheitslage. Neu ist ein massives Problem der Energieversorgung: Langanhaltende tägliche Stromausfälle, die 10 bis 14 Stunden dauern, erschweren seit einem Jahr den Alltag der Menschen in den Städten. Sie lähmen das wirtschaftliche Leben und führten bereits zu Betriebsschließungen und Arbeitsplatzverlusten. Die Armutssituation der Malier\*innen hat sich weiter verschärft. Wer von der Hand in den Mund lebt, hat keine Reserven für schlechte Zeiten. Für Michael Ziegler, den Vorsitzenden der LAG Mali, ist deshalb klar: „Unsere Unterstützung für die Menschen in einem der ärmsten Länder der Welt geht weiter. Und wir wissen, dass sie direkt bei den Bedürftigen ankommt und erfolgreich umgesetzt wird.“ Zwei neue Projekte gehen dieses Jahr an den Start: Der „ältere“ Gemüsegarten im Dorf

Mouroukorobougou wird jetzt um einen halben Hektar erweitert. Noch beim Besuch vor Ort wurde das Grundstück abgesteckt, damit weitere 50 Frauen aus dem Dorf darin arbeiten können. Im Nachbarort entsteht ein Brunnen zur Trinkwasserversorgung. Selbstverständlich helfen die Dorfbewohner\*innen bei den Arbeiten mit. In der Kommune Bendougouba unterstützt die LAG Mali 10 Großfamilien mit Einfriedungen und Arbeitsgeräten ebenfalls im Gartenbau. Gleichzeitig werden die Familien zu gesunder Ernährung, besonders von Kleinkindern und schwangeren Frauen, geschult. Sie lernen, wie sie mit lokal vorhandenen Nahrungsmitteln nährreiche Mahlzeiten zubereiten können. Zudem soll die Mangelernährung der Schwächsten nicht nur vermieden, sondern auch erkannt werden. Für dieses Projekt sind 10.000 € notwendig.

### Kontakt und mehr Informationen

[www.lag-malihilfe.de](http://www.lag-malihilfe.de) oder per Mail: [lag-mali@web.de](mailto:lag-mali@web.de)  
Folgt uns auf Instagram: [mali\\_hilfe\\_lag\\_bayern](https://www.instagram.com/mali_hilfe_lag_bayern)

**Spendenkonto:**  
VR Bank Metropolregion Nürnberg  
IBAN: DE65 7606 9559 0003 2590 05  
BIC: GENODEF1NEA

Wolodymyr Selenskyj hielt eine Rede im Bundestag, Deutschland richtete eine internationale Konferenz zum Wiederaufbau für die Ukraine in Berlin aus und eine Friedenskonferenz in der Schweiz folgte. Auch bei der Analyse der Ergebnisse der Europawahl spielte der russische Krieg in der Ukraine eine wichtige Rolle. Wie geht es weiter, und was empfiehlt das Friedensgutachten?

Massive Sicherheitsvorkehrungen begleiteten den Besuch des ukrainischen Präsidenten in Berlin. Sogar der Schiffsverkehr auf der Spree wurde neben dem Reichstagsgebäude zeitweise gestoppt. Das alles gab einen kleinen Eindruck davon, welchen Gefahren Selenskyj in seinem täglichen Leben ausgesetzt ist. Er sprach nicht nur im Bundestag, sondern nahm auch an der internationalen Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine in Berlin teil. Hierzu kamen 2.000 Teilnehmende aus 60 Ländern zusammen, darunter aus Nürnberg zum Beispiel der Partnerschaftsverein Charkiw-Nürnberg sowie die IHK. Bei der Konferenz ging es vor allem um internationale Vernetzung – dazu wurde zum Beispiel eine internationale Allianz für kleine und mittlere Unternehmen in der Ukraine ins Leben gerufen. Die neue Allianz soll helfen, den Rechtsrahmen für die Wirtschaft in der Ukraine fortzuentwickeln, aber auch eine Entwicklungsbank in der Ukraine vorantreiben (vergleichbar zur deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau). Auch Staaten wie Japan und Akteure wie die Weltbank sagten auf der Konferenz ihre Hilfe zu.

Eines ist klar: Ein Wiederaufbau kann nur gelingen, wenn viele Verbündete dabei gemeinsam mithelfen. Vor allem der Privatwirtschaft kommt eine wichtige Rolle zu. Nun kann man natürlich einwenden, dass es – angesichts des fortgesetzten Angriffs Russlands – für den Wiederaufbau noch zu früh ist. In der Tat geht es aktuell vor allem darum, Schäden an der Infrastruktur rasch zu beheben. Im Sinne, dass die Menschen weiterhin in der Ukraine leben können, auch wenn Russland die Strom- oder Wasserversorgung der Menschen angreift. Seit März 2024 ist zum Beispiel die Energieinfrastruktur unserer Partnerstadt Charkiw massiv zerstört worden. Weite Teile der Stadt ließen sich seither nur unregelmäßig mit Elektrizität und Fernwärme versorgen. Deswegen wurden von der Bundesregierung für Charkiw bereits unter anderem zwei Blockheizkraftwerke beschafft. Der ukrainische Übertragungsnetzbetreiber Ukrenergo wird zudem bei der Reparatur und dem Schutz der nationalen Energie-Infrastruktur vom Entwicklungsministerium unterstützt.



## WIE GEHT ES WEITER IN DER UKRAINE?

„Der beste Wiederaufbau ist der, der gar nicht stattfinden muss“ – das betonte Olaf Scholz bei der Ukraine-Konferenz. Doch wie kommen wir dem Frieden näher? Darum ging es – nicht nur im Zusammenhang mit der Ukraine – bei der Vorstellung des neuen Friedensgutachtens im Bundestag. Es handelt sich dabei um das gemeinsame Gutachten der deutschen Friedensforschungsinstitute, also einen wissenschaftlichen Blick auf die Wege zum Frieden. Ich hatte die Forschenden in meiner Funktion als stellvertretende Fraktionsvorsitzende eingeladen, das neue Gutachten den Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern der SPD-Bundestagsfraktion vorzustellen. Im Kern bestätigt es den Ukraine-Kurs von Olaf Scholz, die Ukraine zu unterstützen, so lange es notwendig ist. Im Europawahlkampf haben sich viele Menschen auch aus Sorge vor dem Krieg in der Ukraine für Parteien entschieden, die vermeintlich einfache Lösungen für Frieden versprochen haben. Sowohl die AfD als auch Sahra Wagenknecht behaupten, man müsse nur die Waffenlieferungen an die Ukraine stoppen, und dann sei der Krieg bald vorbei. Das ist natürlich zynisch, weil es den Untergang einer demokratischen Ukraine mit unzähligen Toten zur Folge hätte, auch bei einem blutigen „Diktatfrieden“. Das Friedensgutachten widerspricht den Populisten inhaltlich: Liebe man Russland seine Ziele mit Waffengewalt durchsetzen, würde das gerade keine friedlichere Welt oder ein friedlicheres Europa zur Folge haben – im Gegenteil: „Damit wären nicht nur in Europa weiteren Versuchen, Grenzen gewaltsam zu verschieben, Tür und Tor weit geöffnet, sondern auch weltweit.“ Es ist ja auch logisch: Wenn Putin weiß, dass alle wegschauen, warum sollte er dann nicht als nächstes – auf dem Weg zum neuen Sowjetimperium – Moldau oder Ge-

orgien überfallen? Alle Diktaturen der Welt würden zur Kenntnis nehmen, wenn sich in der Weltordnung von morgen nachbarschaftlichen Überfällen niemand mehr entgegenstellt. Bei der Ukraine wegzuschauen, wäre insofern der erste Schritt in eine solche Weltordnung, in der es mehr Kriege und Unsicherheit gibt – und in der nur noch das Recht des Stärkeren gilt. Die SPD ist deswegen Friedenspartei, weil wir uns einer solchen neuen und kriegerischen Weltordnung entgegenstellen. Putin setzt darauf, dass Russland nur lange genug Krieg führen muss, bis die Unterstützung der Weltgemeinschaft für die Ukraine schwindet. Wir müssen dafür sorgen, dass das nicht passiert. Deswegen ist auch die neue Zusage der sieben wichtigsten Industriestaaten wichtig, der Ukraine einen neuen Kredit von 50 Milliarden US-Dollar zu gewähren. Mit dem Weg zum Frieden beschäftigte sich auch die Friedenskonferenz in der Schweiz. Immerhin fast 80 Staaten einigten sich am Ende auf eine Abschlusserklärung, die die territoriale Integrität der Ukraine betont und unter anderem jede Drohung mit oder den Einsatz von Atomwaffen strikt verurteilt. Ernährungssicherheit darf nicht als Waffe missbraucht werden, weswegen Angriffe auf Häfen und Handelsschiffe enden müssen – so eine weitere Forderung. Die Friedenskonferenz war ein wichtiger erster Schritt, dem weitere folgen werden. Es geht darum, eine globale Allianz für den Frieden aufzubauen, der sich weitere Länder anschließen. Putin muss sehen, dass sein Kalkül nicht aufgeht und die Weltgemeinschaft auch in Zukunft nicht wegschauen wird. Je stärker ihm das deutlich gemacht wird und je mehr Länder mitmachen, desto größer werden die Chancen für ernsthafte Friedensverhandlungen. Und für die Zukunft der friedlichen Weltordnung.



## WARUM ICH MICH FÜR EIN NSU-DOKUZENTRUM IN NÜRNBERG EINSETZE

von ARIF TAŞDELEN, MdB

Zwischen 2000 und 2007 ermordeten Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) neun Migranten und eine Polizistin. Darüber hinaus verübte die terroristische Organisation zahlreiche Mordversuche, Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle in ganz Deutschland. Diese rassistische Mordserie beschäftigt mich, und zahlreiche weitere Menschen, auch heute noch. Zum einen, weil noch immer viele Hintergründe der grausamen Taten des NSU ungeklärt bleiben, und zum anderen, weil wir uns aktuell durch das Erstarken rechtsextremer Kräfte auf ein politisches Klima zubewegen, in dem solche Taten auch heute nicht gänzlich undenkbar sind.

Ich finde es erschreckend, dass bei den damaligen Ermittlungen die Möglichkeit eines rassistischen Mordmotives weitgehend ausgeschlossen, und stattdessen im Umfeld der Opfer ermittelt wurde. Statt Spuren in die rechtsextreme Szene zu verfolgen, wurden die Mordopfer aufgrund ihrer Herkunft stigmatisiert. So gingen die Ermittler lange Zeit davon aus, dass die Mordopfer

Beziehungen in die organisierte Kriminalität hatten und dies die Ursache für die Mordserie war. Auch in den Medien wurde die Mordserie abwertend als „Döner-Morde“ oder „Mordserie Bosphorus“ bezeichnet. Für Nürnberg hat der NSU leider eine ganz besondere Bedeutung. Die Stadt war Tatort von drei Morden und einem Sprengstoffanschlag der Terroristen. Das erste Mordopfer der rassistischen Vereinigung wurde am 9. September 2000 der Nürnberger Blumenhändler Enver Şimşek. 2001 ermordete der NSU den Schneider Abdurrahim Özudođru und im Jahr 2005 den Imbissbesitzer Ismail Yaşar. Zuvor hatten die Täter bereits einen Sprengstoffanschlag auf die Gastwirtschaft eines türkischstämmigen Nürnbergers verübt. Bei ihren Taten bekamen die NSU-Terroristen wohl auch Unterstützung aus der rechtsextremen Szene in Nürnberg. Unsere Stadt war somit der wichtigste Tatort und offenbar auch ein zentraler Ankerpunkt der Organisation. Um die Bedeutung Nürnbergs für die grausamen Taten des NSU hervorzuheben und die Opfer gebührend zu würdigen, setze ich mich schon seit vielen Jahren für ein würdevolles Andenken der Ermordeten und eine

lückenlose Aufarbeitung der Mordserie ein. Von Mai 2022 bis Juli 2023 war ich zudem als Mitglied im zweiten bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss daran beteiligt, die offenen Fragen rund um den NSU aufzuarbeiten.

Um einen Ort des Erinnerns für die Opfer des NSU zu schaffen, will die Bundesregierung ein Dokumentationszentrum zu den Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds errichten. Für die Umsetzung des Vorhabens hat die Bundeszentrale für politische Bildung im Auftrag der Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, eine Machbarkeitsstudie für das geplante Dokumentationszentrum vorgelegt. Die Studie sieht einen zentralen Standort und weitere dezentrale Erinnerungsorte vor. Das Dokumentationszentrum soll die Mordserie des NSU und das Versagen des Staates bei der Aufklärung des NSU-Komplexes kritisch aufarbeiten. Gleichzeitig soll es für die Angehörigen ein würdiger Ort des Erinnerns und Gedenkens an die Mordopfer sein und gegenüber der Öffentlichkeit einen Bildungsauftrag erfüllen. Die Entscheidung über einen zentralen Standort soll noch in diesem Jahr fallen. Bisher sind die Städte Berlin, Köln, München und Nürnberg als mögliche Standorte für ein Dokumentationszentrum im Gespräch.

Ich bin der Meinung, dass Nürnberg der passendste Standort für ein NSUDokumentationszentrum wäre. Nicht, weil ich Nürnberger Abgeordneter bin oder Mitglied im Untersuchungsausschuss NSU II war. Nürnberg und die Nürnbergerinnen und Nürnberger haben ganz besonders unter dem NSU-Terror gelitten. Zudem haben wir mit dem Dokumentationszentrum zum ehemaligen Reichsparteitagsgelände und dem Memorium zu den Nürnberger Prozessen bereits langjährige Erfahrung in der Gestaltung zentraler Gedenkstätten.

Ich plädiere deswegen dafür, das Dokumentationszentrum nach Nürnberg zu holen. Aus diesem Grund habe ich mich bereits vor einigen Monaten mit einem Brief an die Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, für den Standort Nürnberg stark gemacht. Auch die Initiative der Grünen-Fraktion im Bayerischen Landtag haben wir als SPD-Fraktion freilich unterstützt. Am 18. Juni habe ich in der Plenardebatte deutlich gemacht, warum das NSUDokumentationszentrum nach Nürnberg gehört. Mit einem zentralen Erinnerungsort in Nürnberg wird die Erinnerungskultur vor Ort weiter gestärkt, damit die schrecklichen Morde der NSUTerroristen niemals in Vergessenheit geraten. Deshalb werde ich weiterhin für Nürnberg kämpfen.

Freundschaft  
Arif



## LINKES EUROPA VERHINDERN? – LINKES EUROPA ERKÄMPFEN!

von LINDA REINKE, Juso Vorsitzende

„Ich hoffe sie freuen sich den Linksrutsch verhindert haben,“ das waren die ersten Worte eines Genossen, die uns aus unserer Schockstarre nach dem Blick auf die **Wahlergebnisse der Europawahl** lösten. Bis zum Schluss haben wir Jusos in unseren Ortsvereinen, am zentralen Infostand, online und auf Rock im Park um Stimmen für die Sozialdemokratie geworben. Und am Infostand auf Rock im Park neben der Jungen Union war es auch, an dem wir die erste Prognose verfolgt haben. Nun steht das Ergebnis fest: ein Schlag gegen die europäische Linke, der Erfolgsgang der Rechten hält an. Was bei uns für Entsetzen gesorgt hat, schien die CSU-Mitglieder neben uns nicht zu berühren. Es wurde gelacht, getrunken, kein Innehalten um 18:00 Uhr. Ein Parteitag, um den Linksrutsch zu verhindern, ein Wahlkampf um ein „linkes Europa“ zu verhindern, dazu passendes Merchandise: Ohrenstöpsel „gegen linke Parolen“ – die Union zeigt ganz klar welcher Kampf für sie Priorität hat. Die CDU und CSU haben in ihren jüngsten Wahlkämpfen wiederholt auf Themen gesetzt, die traditionell von rechten Parteien besetzt werden. Dazu gehört natürlich das ewige Herumreiten auf einer strikteren Migrationspolitik, das subjektive Sicherheitsgefühl und nicht zuletzt eine verstärkte nationalistische Rhetorik. Die Kampagnenstrategie der Union zielt auf die Ängste und Ressentiments in der Bevölkerung, anstatt sachliche Debatten zu befördern. Hier

braucht es keine Interpretation, Söder findet deutliche Worte für seine „Vision“ von Europa: „Mitte-bürgerlich, konservativ, rechts“. Und das war zu einem Zeitpunkt, an dem Hunderttausende gegen die „Remigrations“-Pläne der AfD und für die Demokratie auf die Straße gehen. Sie prägen Sprache durch rechts besetzte Schlagwörter und verbreiten scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme, als würden sie sich rechtspopulistischen Parteien naheifern wollen. So haben sie eine Atmosphäre geschaffen, in der rechte Parteien gedeihen können. Diese Parteien profitieren davon, dass ihre menschenverachtenden Ideologien nun auch von einer etablierten politischen Kraft aufgegriffen werden, was ihnen eine Art von Legitimität und Aufmerksamkeit verschafft. Der Umgang der Union mit dem Thema Migration ist besorgniserregend. Sie beschwören Bedrohungsszenarien und verbreiten Narrative, die Migranten pauschal als Sicherheitsrisiko darstellen. Damit hat die CDU/CSU bewusst den Diskurs nach rechts verschoben. **Zu welchem Preis?** Diese Rhetorik vertieft nicht nur die gesellschaftliche Spaltung, sondern verschafft auch rechten Parteien wie der AfD Auftrieb, die sich als einzige Alternative präsentieren. Die Entfernung von der politischen Mitte und stärker konservative bis rechtspopulistische Positionen zu vertreten ist eine strategische Entscheidung der CDU/CSU. Diese Verschiebung hat dazu geführt, dass mode-

rat-konservative Wähler verunsichert wurden und sich nach neuen politischen Heimatorten umsehen. Rechte Parteien nutzen dieses Vakuum, um neue Anhänger zu gewinnen, die sich von der Union nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlen. Diese Entwicklung ist eine gefährliche Dynamik, die nicht nur die politische Stabilität Deutschlands, sondern auch die **demokratischen Grundwerte** bedroht. Für die SPD und alle demokratischen Parteien ist es unerlässlich, dass wir klare Kante zeigen und uns gegen jegliche Form der Verharmlosung rechten Gedankengutes und Vereinfachung des politischen Diskurses stellen. Wir stehen jetzt gemeinsam vor der Aufgabe, die Bürger\*innen davon überzeugen, dass komplexe Herausforderungen wie Migration und Sicherheit differenzierte und humane Lösungen erfordern. Eine Politik der Angst und der Ausgrenzung darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Gerade jetzt müssen wir durch Aufklärung und Dialog zeigen, dass **unser Wertekanon der Richtige ist**: Solidarität, Gerechtigkeit und Vielfalt sind und bleiben die Grundpfeiler einer starken und zukunftsorientierten Demokratie! Vor allem aber ist es unsere Aufgabe als Partei, aber auch von uns allen im persönlichen Umkreis, dafür zu sorgen, den Diskurs wieder nach links zu verschieben und die tatsächlichen Probleme im Leben der Menschen und Herausforderungen der Zukunft zu thematisieren. Wenn wir uns auf Diskussionen mit Nazis einlassen, auf Diskussionen über „illegale Migration“, auf Diskussionen über die Menschenrechte gewinnen am Ende immer die Rechten. Stattdessen müssen wir unser Thema **des guten Zusammenlebens** wieder setzen und materielle Themen anzugehen: gerechte Löhne, niedrige Mieten, Chancengerechtigkeit, ein bezahlbarer Alltag (Stichwort ÖPNV), ein sozialökologischer Umbau der Wirtschaft, der Schutz von Minderheiten-rechten, etc. **Es gibt genug zu tun.** Lasst uns die Menschen von unserer Vision überzeugen und zu einer sachlichen und respektvollen politischen Kultur zurückkehren. Lasst uns dies einerseits in unserer Partei vorleben, aber auch der Union ihre Verantwortung bewusst machen und sie dazu bringen, echte Lösungen anbieten zu müssen, statt die Ängste und Verunsicherung der Menschen populistisch zu befördern. Und lasst uns auf jeden Fall verhindern, dass wir in einen populistischen Überbietungswettbewerb miteinsteigen. Nur so können wir gemeinsam verhindern, dass rechte Parteien weiter an Einfluss gewinnen und unsere demokratischen Werte untergraben. Denn wie unser Genosse Franz Müntefering klug anmerkte: „Manche behandeln unsere Demokratie so, als hätten sie noch eine zweite im Schrank.“

## ALTERSGERECHTER UMBAU: SCHAFFUNG EINER „MUSTERWOHNUNG“

von GABRIELE PENZKOEFER-RÖHRL

Wie kann ein den Bedürfnissen entsprechendes Wohnen im Alter aussehen? Ein Thema, mit dem sich die SPD AG 60plus naturgemäß immer wieder beschäftigt, so auch in unserer Sitzung im April. Immer mehr Menschen möchten auch im hohen Alter nicht in einem (Pflege)Heim leben, sondern sich auch bei körperlichen Einschränkungen und Pflegebedürftigkeit weitestgehend Unabhängigkeit in einer vertrauten Umgebung erhalten. Dazu sind oft Veränderungen oder Umbauten in der bisherigen Wohnung nötig, und es stellt sich die Frage, welche Veränderungen sinnvoll und nötig sind und wie es mit der Finanzierung aussieht. Anfang des vergangenen Jahres titelten die NN, dass der Bund den altersgerechten Umbau von Wohnungen ausbremse und die KfW Bank keine Zuschüsse mehr anbieten würde. Auf Initiative der SPD hat sich inzwischen das Blatt gewendet, und die Zuschüsse des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ wurden für das Jahr 2024 von 75 Mio. Euro auf 150 Mio. Euro verdoppelt. Zuschüsse, die auch nach Nürnberg fließen – so z.B. allein 400.000 Euro im Jahr 2022. Auch für dieses Jahr stehen noch Fördermittel bereit. Das Programm fördert zum Beispiel bodengleiche Duschen oder die Verbreiterung von

Türen für rollstuhlgerechten Wohnraum. Aber auch für Aufzüge und Treppenlifte kann es einen Zuschuss geben. Auf Initiative der SPD-Stadtratsfraktion wurde beim Nürnberger Pflegestützpunkt das „Kompetenznetzwerk Wohnraumanpassungsberatung, KOWAB“ eingerichtet, das seit nunmehr 10 Jahren sehr kompetent und erfolgreich zur altersgemäßen Umgestaltung des Wohnraums berät: angefangen von kleinen Alltagshelfer\*innen, der (einfachen) Beseitigung von Stolperfallen und besserer Ausleuchtung, der Erhöhung der Sicherheit (z.B. durch automatische Herdabschaltung), über die Wohnraumanpassung in Küche, Wohn- und Schlafbereich bis hin zum Umbau des Bades. Es erfolgt auch eine Beratung über die Finanzierung und mögliche Zuschüsse, z.B. durch das KfW-Zuschussprogramm oder Förderprogramme des Landes. Ein Anliegen des Arbeitskreises Wohnen des Stadtseniorenrats ist es nun, inwieweit diese Beratung durch eine sog. Musterwohnung ergänzt und vervollständigt werden könnte, in der Beispiele eines alters- und pflegerechten Umbaus gezeigt und ausprobiert werden könnten. Idealerweise könnte eine solche Musterwohnung in Kooperation mit der Wohnungswirtschaft entstehen; es ist aber auch ein Ausstellungsraum mit entsprechender Gestaltung denkbar.

Beispielgebend ist hier die Musterwohnung TABEA (Technik, Alltag, Barrierefreiheit, Erleben, für Alle) des Landratsamts Roth, die in Zusammenarbeit mit Handwerksbetrieben aus dem Landkreis im Jahr 2017 entstand und ständig aktualisiert wird. Sie kann auch online mit einer 360-Grad-Führung besucht werden. Wir haben in unserer Aprilsitzung zusammen mit unserer Genossin Erika Faul, die Mitglied im AK Wohnen ist, diskutiert und unterstützen diesen Wunsch ausdrücklich. Auf unseren Antrag hin stellt die SPD-Stadtratsfraktion aktuell einen Antrag, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, die Möglichkeit der Schaffung einer Musterwohnung nach dem Vorbild aus Roth mit Wohn- und Schlafräum, Küche und Bad zu prüfen sowie zu eruieren, welche Kooperationspartnerinnen (*Wohnungswirtschaft, Handwerkskammer, Sanitär- und Küchenanbieterinnen u.a.*) mit ins Boot geholt werden könnten und welche Sponsoren gefunden werden können. Wir sind sehr gespannt, was sich da entwickeln wird. Aber mit einer wie auch immer gearteten Musterwohnung alleine ist es nicht getan. Schon heute fehlen in Deutschland über 2 Millionen altersgerechte Wohnungen und in den kommenden Jahren wird die Generation 67plus auf 21 Millionen wachsen – mit entsprechendem Bedarf an barrierefreien Wohnungen. Eine Zahl, auf die der Wohn-

markt derzeit nicht ausreichend vorbereitet ist und es könnte sein, dass uns eine „graue Wohnungsnot“, wie es das Pestel-Institut in einer Studie prognostiziert, droht. Notwendig ist daher die Verstärkung der Förderprogramme von Bund und Land. Eine Förderung, die sich rechnet, denn wenn ältere Menschen länger im gewohnten Umfeld bleiben können – verbunden mit ambulanten Pflegeangeboten – spart dies auch teure zukünftige Heimkosten.

Gabriele Penzkofer-Röhl  
Kontakt KOWAB:  
0911 / 5398953 oder  
[info@pflagestuetzpunkt.nuernberg.de](mailto:info@pflagestuetzpunkt.nuernberg.de)  
Link zur KfW:  
[www.kfw.de](http://www.kfw.de)

**Freitag**  
**26.07.2024**  
ab 18:45 Uhr  
Bieranstich 19:00 Uhr

**IT'S THE ECONOMY, STUPID!**  
Bill Clinton

Herzliche Einladung zum  
**Sommerlichen Netzwerkabend**  
Auf ein Bierchen zu Wirtschaftsthemen mit der Politik für Unternehmerinnen und Unternehmer, Selbstständige und Freie Berufe

**Gaststätte IDEAL**  
Gartenkolonie  
Kuhweiherweg 125  
90451 Nürnberg

BITTE ANMELDEN!

[www.wirtschaftspolitik.info](http://www.wirtschaftspolitik.info)

Nürnberg  
**SPD** **AGS**

Wir spendieren ein Fass Bier!



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



## Bundeswahlkreiskonferenzen 2024

Die Bundeswahlkreiskonferenzen finden am 16.09.24 (Bundeswahlkreis Nürnberg-Nord) und am 17.09.24 (Bundeswahlkreis Nürnberg-Süd) statt. Bitte merke dir diese Termine vor, wenn du Delegierte\*r deines Ortsvereins bist.

## Arbeit und seelische Gesundheit

30.7.2024, 18:00 Uhr – Sebalder Pfarrhof „Cafe Maulbeere“ mit:

**Prof. Yeşim Erim**, Lehrstuhl Psychosomatik und Psychotherapie an der FAU Erlangen, Chefärztin der Abteilung Psychosomatik und Psychotherapie an der Uniklinik der FAU Erlangen  
**Katharina Räth**, Vorsitzende AfA BayernSPD, Gewerkschaftssekretärin ver:di Mittelfranken  
Moderation: **Aynur Kir und Dr.Horst Krömker** (Vorsitzende ASG Mittelfranken)



### 01.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung  
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

### 03.07.2024 – 18:30 Uhr

SPD Lichtenhof: Mitgliederversammlung mit Biergartenabschluss  
Ort wird noch bekannt gegeben.

### 08.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung  
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

### 09.07.2024

Mieterberatung  
Termine unter 0911 43896-0

### 09.07.2024 – 19:30 Uhr

SPD Nordost: Mitgliedertreffen  
SIGENA-Plauenerstr.7, 90491 Nürnberg

### 09.07.2024 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach: Mitgliederversammlung  
TSV Altenfurt, Wohlaue Straße 16, Nebenzimmer „Skizimmer“

### 10.07.2024 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:  
Mitgliederversammlung  
Gaststätte Galvani, Galvanistr. 10,  
90459 Nürnberg

### 15.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung  
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

### 19.07.2024 – 18:00 Uhr

Buchenbühl Kirchweih Bieranstich

### 22.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung  
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

### 23.07.2024

Mieterberatung  
Termine unter 0911 43896-0

### 23.07.2024 – 15:00 Uhr

AG60+: Mitgliederversammlung  
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

### 23.07.2024 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser: Stadtteilversammlung mit Dr. Nasser Ahmed zur Nürnberger Verkehrspolitik  
Gemeinschaftshaus

### 26.07.2024 – 18:00 Uhr

Ziegelstein Kirchweih Bieranstich

### 29.07.2024 – 11:00

Ziegelstein Kirchweih Frühschoppen

### 29.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung  
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

### 06.08.2024

Mieterberatung  
Termine unter 0911 43896-0

### 13.08.2024 – 19:30 Uhr

SPD-Fischbach: Mitgliederversammlung  
TSV Altenfurt, Wohlaue Straße 16, Nebenzimmer „Skizimmer“

### 20.08.2024

Mieterberatung  
Termine unter 0911 43896-0

Bitte beachten, dass es zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.



[www.spd-nuernberg.de](http://www.spd-nuernberg.de)



[facebook.com/spd.nuernberg](https://facebook.com/spd.nuernberg)



[instagram.com/spdnuernberg](https://instagram.com/spdnuernberg)

# RATHAUS DEPESCHE



INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION / AUSGABE NR. 199 07/2024



[spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de](https://spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de)



[facebook.com/spd.nuernberg](https://facebook.com/spd.nuernberg)



[instagram.com/spdnuernberg](https://instagram.com/spdnuernberg)

## Nürnberg bewegt uns – Ideen und Perspektiven für den „Kaufhof“

### Große Aufbruchsstimmung für die Zukunft der neuen Stadtmitte



Die Expert:innen und Podiumsgäste der Veranstaltung v.l.n.r.:  
Moderator Eric Treske, Sophie May, SPD-Fraktionsvorsitzende Christine Kayser,  
Yvonne Coulin, Dr. Markus Zanner, Andrea Gerlach-Newman, Jaana Hampel

Am Ende der Veranstaltung sahen alle das „Kaufhofareal“ mit anderen Augen: das Gebäude ist auf einmal kein trister, grauer Klotz mehr. Eine städtische Investition an diese Stelle zu setzen, ist der langfristige Motor für die Zukunft der Innenstadt. Diesen Auftrag zur Entwicklung und Prüfung haben wir im Februar 2024 beantragt. Es wurden Blicke geöffnet und Perspektiven verbunden. Jetzt stand da plötzlich ein großer, offener Raum im Herzen der Stadt, der Platz für Kreativität, Wissenschaft, Genuss, für Bildung und Erholung bietet.

Dazu beigetragen haben auf einem Rundgang mit anschließender Ideensammlung die eingeladenen Expert:innen:  
**Andrea Gerlach-Newman**, Kanzlerin der Ohm-Hochschule Nürnberg  
**Dr. Markus Zanner**, Kanzler der Technischen Universität Nürnberg, UTN  
**Jaana Hampel**, ver.di Gewerkschaftssekretärin Handel, Bezirk Mittelfranken  
**Yvonne Coulin**, Geschäftsführerin der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg

„Nürnberg hat die einmalige Chance, etwas individuell für Nürnberg passendes zu entwickeln,“ so **Sophie May**, Projektleiterin für **Stadtentwicklung der Stadtmanufaktur GmbH in Hamburg**. Sie gab ein Impulsreferat zur Ideenfindung für die über 50 Teilnehmenden. Gemeinsam mit den Expert:innen haben diese ein neues Bild skizziert für das leerstehende Kaufhof-Gebäude, den angrenzenden ehemaligen „City-Point“ und die Königstrasse. Wirtschaftliche und andere Nutzungen >>



Liebe Leserinnen und Leser der Rathausdepesche,

die SPD-Stadtratsfraktion packt an! Unter dem Reihentitel „Nürnberg bewegt uns“ sind wir in den Stadtteilen unterwegs und sammeln gemeinsam mit den Bürger:innen Ideen für die Gestaltung ihres direkten Lebensumfeldes. In dieser Ausgabe finden Sie einen Beitrag zur Auftaktveranstaltung. Im Rahmen von „Wie schaut's aus?“ gehen wir die großen Fragen an. Nach der kommunalen Wärmeplanung und

der Stadt-Umland-Bahn widmen wir uns dem Thema „Ganztag. Rechtsanspruch ab 2026 – lässt uns der Freistaat im Regen stehen?“. Der Freistaat hat beim kooperativen Ganztag an mehreren Nürnberger Schulen die Fördermittel gekappt. Auch hinsichtlich des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2026 gibt es Unklarheiten bei der Finanzierung. Hier liegt für uns der Unterschied zwischen Bürgernähe und Populismus. Keine Prestigeprojekte, die futuristisch klingen oder für einen Sommer blühende Landschaften versprechen - sondern das, was die Menschen wirklich wollen und brauchen. Wir haben das große Ganze im Blick, die Großprojekte Stadt-Umland-Bahn, Stadion, Opernhaus und Frankenschnellweg

werden wir mit den entsprechenden Förderzusagen vom Freistaat Bayern gerne weiterverfolgen.

Wir setzen in Nürnberg neben den Großprojekten mit überregionaler Bedeutung ganz klare Prioritäten – und zwar auf Kinderbetreuung, auf dringend benötigte Investitionen in die Bildung und auf die Mobilitätswende in der Stadt. Das erwarten die Menschen in Nürnberg von uns und das packen wir an – mit Ihnen gemeinsam!

*C. Arabackj*

Ihre Claudia Arabackj  
Stv. Fraktionsvorsitzende

**SPD** Fraktion im Stadtrat Nürnberg



wohl fühlen, dann profitieren der Handel und die Stadt.

*Die SPD-Stadtratsfraktion hat bereits im Februar 2024 den Antrag zur Prüfung der Entwicklungsmöglichkeiten und des Erwerbs des Kaufhofs durch die Stadt Nürnberg gestellt. Eine städtische Investition an dieser Stelle ist der langfristige Motor für die Zukunft der Innenstadt.*

zusammen zu denken muss das Ziel bei der Neukonzeption des Kaufhofs sein.

Ein möglicher Baustein für die Nutzung sind die Nürnberger Hochschulen. Das Kaufhofgebäude bietet die Chance, ein Schaufenster für die Wissenschaft und ein Tor in die Innenstadt für die Hochschulen zu werden. Ein Ort, an dem Schüler:innen und andere Interessierte mit der Forschung in Berührung kommen, Zurückhaltung abbauen und sich in einem „Making Room“ ausprobieren können. Auch ein Campus für Weiterbildung und Kurse bis zur Kinder-Uni könnten entstehen. Wir müssen offen und modular denken, wir wissen nicht was die Zukunft braucht, so der Tenor der Wissenschaftler:innen.

Jaana Hampel, die als ver.di Gewerkschaftssekretärin Handel im Bezirk Mittelfranken die Kaufhof-Beschäftigten im Kampf um ihre Arbeitsplätze begleitet hatte, wünscht sich eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt – auch für die Menschen, die dort arbeiten. Toll wäre ihrer Meinung nach ein Ort, an dem sich Beschäftigte zurückziehen und ruhige Minuten erleben können.

Ihre Empfehlung ist, bei der Gestaltung der Innenstadt von den Menschen her zudenken, die hohe Hürden überwinden müssen, um dort hin zu kommen: von Familien mit Kindern, von Senior:innen und Menschen mit Behinderung. Wenn sich die verschiedensten Gruppen aus der Stadtgesellschaft

Kongress- und Tagungsgäste hängen mittlerweile gerne noch ein paar Tage an den beruflichen Teil an und machen einen Kurzurlaub am Tagungsort. Sie freuen sich, wenn sich das Tagungszentrum unmittelbar in das städtische Leben einfügt. Diesen Trend brachte Yvonne Coulin, Geschäftsführerin der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg ein. Die gute Nachricht: die Gäste – und zwar unerheblich, ob sie aus beruflichen Gründen oder als Städtereisende nach Nürnberg kommen – schätzen Nürnberg für seine Atmosphäre, finden unsere Stadt einladend und fühlen sich wohl! Für die Zukunft müssen wir Lösungen für die heißeren Tage finden – beispielsweise durch mehr Grünflächen und Plätze zum Ausruhen in konsumfreien Räumen.

Beim Abschluss im Künstlerhaus wurden die Ideen und Impulse der Tourteilnehmer:innen aufgenommen. In vielen Beiträgen wurden mehrere Nutzungsmöglichkeiten miteinander verknüpft und die Expert:innen haben festgestellt, dass die Ideen der Bürger:innen mit Ihren eigenen gut zusammenpassen und sich bestens ergänzen. Es entstand das Bild des Aufbruchs hin zu einer neuen Mitte der Stadt. Dazu ein Zitat aus den Ideensammlung: „Keine Monostruktur, eine gemischte urbane Nutzung (Multicodierung) z.B. Wissenschaft, Bildung, Gastronomie, gemeinwohlorientiert.“

„Es sind die Menschen, die das Leben in unsere Innenstadt bringen. Daher muss Sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden.“ Dieses Fazit zog **Christine Kayser**, Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion am Ende des Abends. „Wir haben jetzt viele spannende Ideen für eine „Sowohl als auch“ - Nutzung erhalten. Der nächste Schritt ist zu prüfen, was gemeinsam entwickelt werden kann. Der Freistaat stellt rund 200 Millionen an finanziellen Mitteln zur Stadtentwicklung in Bayern bereit. Die Entscheidungen und Konzepte müssen aber aus den Kommunen kommen, so steht es im Förderprogramm. Deshalb haben wir - die SPD-Stadtratsfraktion - im Februar 2024 eine Machbarkeitsstudie für mögliche Nutzungen des Kaufhofgebäudes und den danebenliegenden leeren City Point mit größerem Umgriff beantragt.“ so Kayser.

„Wir müssen die Innenstadt groß denken, allein mit Einzelhandel werden wir das Zentrum nicht beleben können.“

Das war der Auftakt zu unserer neuen Veranstaltungsreihe „Nürnberg bewegt uns – unterwegs mit der SPD“.



Christine Kayser

## Impressum

**Herausgeber:**  
SPD-Stadtratsfraktion  
Rathausplatz 2  
90403 Nürnberg

**Verantwortlich:** Christine Kayser

**Grafische Gestaltung:** Michael Graf

**E-Mail:** spd@stadt.nuernberg.de

**Tel:** 0911 - 2312906

**Fax:** 0911 - 2313895

# Antidiskriminierungsarbeit an Schulen stärken!

## Schüler:innen haben das Recht auf einen angstfreien Raum

Alle Schüler:innen haben das Recht auf ein diskriminierungsfreies Umfeld. Doch leider sind Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung auch an Schulen keine Seltenheit. Dies ist nicht nur individuell verletzend für die betroffenen Schüler:innen, sondern hat auch negative Auswirkungen auf das gesamte Schulklima.

Uns als SPD-Stadtratsfraktion ist wichtig, an Schulen einen sicheren Raum zu schaffen, in dem Diskriminierung angstfrei gemeldet werden kann – gerade im Hinblick auf die aktuelle

politische Lage ist das dringend notwendig. Erste gute Ansätze dahingehend existieren bereits, allerdings könnten diese durch eine bessere Vernetzung und Stärkung noch deutlich mehr Wirkung entfalten. In einem gemeinsam mit den Grünen und der ÖDP gestellten Antrag setzen wir uns daher für ein Maßnahmenpaket gegen Diskriminierung an Nürnberger Schulen ein. Neben einer Studie, die das Ausmaß und die Formen der Diskriminierung untersucht, sollen Antidiskriminierungsbeauftragte an allen städtischen Schulen eingerichtet werden.

Ziel ist die Etablierung eines Netzwerkes gegen Diskriminierung. Wir wollen aber auch den Freistaat Bayern in die Pflicht nehmen, denn auch an staatlichen Schulen sind bessere Strukturen gegen Diskriminierung dringend erforderlich. Nicht zuletzt in der Lehrkräftefortbildung und beim Ausbau der Stellen zur Bekämpfung von Diskriminierung an Schulen besteht Handlungsbedarf.



Dr. Anja Pröß-Kammerer

# Hauptmarkt bleibt Haupt-Markt!

## Qualitätsoffensive 2.0 für den Markt statt Diskussion über Verlegung des Wochenmarkts vom Hauptmarkt

Der angedachte dauerhafte Umzug des Grünen Marktes weg vom Hauptmarkt ist vom Tisch.

Die Markthändler:innen und viele Menschen in der Altstadt waren gegen die Verlegungspläne aus dem Wirtschaftsreferat. In den letzten Jahren sind in einigen Stadtteilen Wochen- und Bauernmärkte neu einge-



Nürnberg ist Fußballstadt und braucht ein modernes und länderspieltaugliches Stadion. Damit ist der Stadionneubau ein sehr wichtiges Großprojekt. Anstatt dauerhaft in ein veraltetes Konzept zu investieren, soll ein multifunktionales und modernes Stadion entstehen.

Der Stadtrat hat sich zum Vollumbau in der großen Variante mit bis zu 50.000 Plätzen bekannt.

Mit dem Beschluss sorgen wir für einen echten Interessensausgleich. Wir schaffen einerseits den Rahmen für ein neues, profitables Stadion, das dem Anspruch für Länderspiele genügt. Wir verhindern, dass unser aktuell sanierungsbedürftiges Stadion zu einem Fass ohne Boden für die Steuerzahler wird. Gleichzeitig bekennen wir uns dazu, ein Areal für den Breitensport, den Trendsport und den Jedermannsport zu gestalten. Wir denken sogar an einen Biergarten für die

richtet worden, um die Versorgung näher zu den Menschen zu bringen. Jetzt einen etablierten Marktstandort, noch dazu den größten und ältesten der Stadt, weg von den Menschen verlegen zu wollen, wäre unverständlich gewesen.

Stattdessen fordert die SPD-Fraktion eine Qualitätsoffensive 2.0 für den Grünen Markt am Hauptmarkt. Ein Antrag dazu ist gestellt. 2017/2018 wurde in einer Qualitätsoffensive 1.0 die Anordnung und die Gestaltung der Marktstände verbessert, der Markt erhielt eine „Mitte“ mit Bürgerstühlen, in der man sich ohne Zwang etwas zu konsumieren niederlassen konnte - eine Neuerung, die sehr gut ankommt.

Seitdem hat sich im Einkaufsverhalten der Menschen erneut einiges geändert. Ein Trend geht dazu, bewusst regionale und saisonale Nahrungsmittel zu kaufen und das besondere Einkaufserlebnis zu suchen. Das kann ein lebendiger und vielfältiger Markt in besonderer Weise bedienen. Eine Idee ist, die konsumfreie Mitte zu erweitern und mit einem Kinderspielplatz ausstatten, im Sin-

ne der familienfreundlichen Innenstadt. Gleichzeitig braucht es für die Verschattung mehr grün. Die Möglichkeiten, Bäume zu pflanzen, sind begrenzt. Das ‚Mobile Grüne Zimmer‘ könnte eine Alternative sein.

Eine Qualitätsoffensive 2.0 muss im engen Austausch mit den Marktkaufleuten, den Anwohner:innen und weiteren wichtigen Akteuren wie der Congress- und Tourismuszentrale geplant werden. Alleingänge werden nicht zum Erfolg führen.

Ein positives Zeichen sind die zahlreichen Vorschläge, die von den Marktkaufleuten selbst eingebracht wurden. Diese Vorschläge für mehr Vielfalt im Angebot und mehr Aufenthaltsqualität können eine gute Grundlage für den weiteren Prozess sein.



Christine Kayser



Uli Blaschke

# SPD fordert gesellschaftliche Verpflichtungen beim Stadion

## Denkmalschutz, Gastronomie, Inklusion, Fanprojekt

Erfrischung nach dem Sport und als Treffpunkt für die Anwohnerinnen und Anwohner. Wenn Steuergelder fließen, dann muss die Gesellschaft als Ganzes profitieren!

Im Fußball ist viel Geld im Spiel. Da kann der Stadionbau nicht nur Aufgabe des Steuerzahlers sein. Die späteren Hauptnutzer des Stadions sollten daher auch einen relevanten Teil der Kosten tragen. Der Beitrag von uns Steuerzahlern sollte im Gleichklang mit dem Beitrag von privater Hand und 1 FCN laufen. Der wichtigste Baustein der Finanzierung ist und bleibt die erfolgreiche Bewirtschaftung des Stadions. Bisher werden die Erfolge der Stadion-Betriebs-GmbH leider durch den Substanzerhalt im Gebäude aufgezehrt. Andere Nutzungen (z.B. für Büros oder Arztpraxen) an das Stadion anzudocken, kann eine spannende Variante zur Finanzierung jenseits vom Steuerzahler sein. Diese Mantelnutzung darf aber kein Selbstzweck sein, sondern soll einen Mehrwert bieten und idealerweise zur Finanzierung des Stadions beitragen. Im oder am Stadion sollte auch Platz gefunden werden für diejenigen, die den Sport groß machen: die Fans. Daher fordern wir, dass das Club-Museum, der Fanshop und Räume für die Fanszene bzw. das Fanprojekt auf dem Stadiongelände in die laufenden Planungen eingebunden werden.

Auch beim Denkmalschutz sehen wir eine gesellschaftliche Verantwortung. Diesen darf man nicht nur als nerviges, bürokratisches Hindernis abtun. Vielmehr geht es hier um den Erhalt unserer Identität als historische Fußballstadt. Die Fassade der Haupttribüne ist das letzte große bauliche Zeugnis der fast hundertjährigen Geschichte des Stadions und darf nicht einfach per Federstrich getilgt werden.

Für uns sind auch das „kleine Stadion“ und die weiteren Angebote für Breiten- und Leistungssport jenseits vom Fußball ein sehr wichtiger Baustein. Diese Angebote sollen im Optimalfall im Stadionumfeld realisiert werden. Die öffentlich vorgetragenen Sorgen um Baumbestand, Umwelt und Planungsrecht nehmen wir besorgt zur Kenntnis. Daher fordern wir zuständigen Sportservice dazu auf, eine Planung vorzulegen, in der die Planungsziele mit den Umweltbelangen kompatibel sind. Falls das nicht möglich sein sollte, sind im weiteren Verfahren für diese Sportanlagen weitere Stellen im Stadtgebiet oder auch in Kooperation mit Sportvereinen oder auch anderen Kommunen in der Metropolregion zu bewerten.



Nasser Ahmed

# Verantwortung für Arbeitnehmer:inenn und Nachhaltigkeit ernst nehmen!

## Die Stadt Nürnberg muss Vorbild sein bei der Vergabe von Aufträgen

Die Stadt Nürnberg trägt bei der Vergabe von Aufträgen eine große gesellschaftliche Verantwortung.

Für die Vergabe öffentliche Aufträge sollte daher neben der Wirtschaftlichkeit auch die Einhaltung von Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards eine elementare Rolle spielen. Insbesondere auch als Stadt der Menschenrechte sollte Nürnberg mit gutem Beispiel vorangehen. Leider ist der kommunale Handlungsspielraum dadurch eingegrenzt, dass Bayern als eines der letzten verbliebenen Bundesländer kein eigenes Tariftreue- und Vergabegesetz hat.

Der Stadt Nürnberg mangelt es so bisher an entsprechendem Handwerkszeug, Mindestkriterien aufzustellen und deren Einhaltung auch strikt zu überprüfen und einzufordern. Dennoch existieren auch ohne landesgesetzliche Vorlage Spielräume bei den Vergaben. Wir haben daher einen Antrag gestellt, die Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg

dementsprechend zu ergänzen, dass die bestehenden Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Zusätzlich machen wir uns für ein Tariftreue- und Vergabegesetz auf Landesebene stark. Ministerpräsident Söder und sein Wirtschaftsminister haben in der Regierungserklärung im Juni angekündigt, dass bayerische Vergaberecht zu revolutionieren. Wir sind gespannt, welche Taten diesen Ankündigungen folgen.

Viele Aufträge werden an Unternehmen aus der Region vergeben und sichern so Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort. Dabei haben Tarifverträge nicht nur Vorteile für die Beschäftigten, sondern auch eine positive gesamtgesellschaftliche Wirkung. Dem Abstiegsprozess in Armut und mangelnde Teilhabe wird aktiv entgegengewirkt. Es werden höhere Beiträge für die Sozialversicherungen gezahlt und höhere Steuereinnahmen erzielt. Die Stadt Nürnberg sollte anstreben, künftig bei jeder Ver-

gabe von Dienstleistungen die Anwendung von Tarifverträgen und die Tariftreue der ausführenden Unternehmen und beteiligter Nachunternehmern als Ausführungskriterium aufzunehmen.

Zusätzlich sollten weitere ökologische und soziale Kriterien wie beispielsweise Ressourcensparsamkeit, Müllvermeidung und Recycling, Schadstoffvermeidung oder Saisonalität sowie fairen Handel, und das Verbot von Kinderarbeit, die Beschäftigung von Auszubildenden, Langzeitarbeitslosen und Schwerbehinderten sowie die Mitbestimmung als Zuschlagskriterien berücksichtigt werden.



Gerhard Groh

# SPLITTER

## AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

### Bund gibt Kommunen mehr Spielraum: neue Tempo-30-Strecken rasch prüfen!

Die SPD-Stadtratsfraktion begrüßt die Entscheidung des Bundestags, dass Kommunen in Zukunft einfacher als bisher Tempo-30-Strecken ausweisen können. Wir vor Ort wissen am besten, wo wir mehr Sicherheit brauchen, zum Beispiel für Kinder oder Senior:innen. An der generellen Richtgeschwindigkeit von 50 km/h innerorts wollen wir festhalten. Jetzt ist es wichtig zu prüfen, an welchen Stellen die Anordnung von Tempo 30 dringend notwendig wäre und dann schnell die nächsten Schritte einzuleiten.

### Doppelte Staatsbürgerschaft für eine moderne Gesellschaft

Am 27.06.24 trat das vom Bundestag beschlossene Gesetz zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft in Kraft. Das ist auch für Nürnberg eine sehr gute Entscheidung. Die Bundesregierung vollzieht mit der Mehrstaatlichkeit endlich einen lange überfälligen Paradigmenwechsel. Viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fühlen sich als Deutsche, wollen aber den Bezug zu ihrem Herkunftsland, zu dem sie noch Bindung haben, nicht völlig abbrechen. Jetzt können sie Doppelstaatler:innen und Mehrstaatler:innen werden. Wir freuen uns, dass die Lebensleistung vieler Nürnberger Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte endlich anerkannt wird und sie damit auch die Chance erhalten, politisch mitzubestimmen und zu-gestalten. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist ein starkes Bekenntnis zu Deutschland.

### Fortbestand der Kindertheater und freien Theater gesichert!

Im Kulturausschuss wurde der Beschluss gefasst, einen unterjährigen Zuschuss an die Kindertheater und freien Theater von insgesamt 190.000 Euro zu gewähren. Auslöser für die Notwendigkeit waren mehrere Faktoren. Eine Kombination aus Generationenwechsel, Coronapandemie und deren Folgen sowie dem im letzten Jahr in Kraft getretenen Vertrag für die Mindestvergütung der Kunstschaffende führte vielerorts zu ersten Schließungen und drohenden Insolvenzen der freien Theater. Es war uns als Politik und insbesondere der SPD-Stadtratsfraktion, die seit vielen Jahren die (Kinder)Theater eng begleitet, ein Herzensanliegen unsere Theaterlandschaft hier abzusichern. Mit dem Beschluss löschen wir den aktuellen Brand und sichern den Fortbestand der Kindertheater, die für uns eine sehr wichtige Säule der Kultur, aber auch der kulturellen und damit der Demokratiebildung sind.